

Nachrichten

Feuerverbot im Wald wird aufgehoben

Liestal. Per heute Donnerstag wird das generelle Feuerverbot im Wald und an den Waldrändern aufgehoben. Dies teilt der kantonale Krisenstab mit. Die Niederschläge der vergangenen Tage hätten zu einer Entspannung der Waldbrandgefahr beigetragen, heisst es weiter. Da sich die Situation bezüglich Trockenheit im Kanton aber unterschiedlich zeigt, empfiehlt der kantonale Krisenstab, Feuer nur in gut gesicherten Feuerstellen zu entfachen sowie das Feuer vor Verlassen der Feuerstelle vollständig zu löschen.

Dringliche Interpellation zu Gynäkologie

Liestal. Eine dringliche Interpellation zur Situation der Gynäkologie im Bruderholzspital reicht SP-Landrätin Regula Meschberger im Parlament ein. Grund ist die geplante «Auslagerung» der Gynäkologie ans Bethesda-Spital. Meschberger befürchtet in ihrer Interpellation, dass für bis zu 250 Geburten zu wenig Kapazität bestehen könnte. Aus diesem Grund fragt die SP-Landrätin unter anderem den Regierungsrat, wie die Grundversorgung weiterhin gewährleistet werden könnte.

Tote im Rhein badete im Sempachersee

Rheinfelden/Nottwil. Am 9. August wurde im Rhein bei Rheinfelden die Leiche einer Unbekannten gefunden. Wie die Aargauer Staatsanwaltschaft mitteilt, handelt es sich dabei um eine 71-jährige Deutsche aus Zofingen. Sie war als vermisst gemeldet worden, nachdem sie nicht von einem Badeausflug am Sempachersee zurückgekehrt war. Wie die Verstorbene von Nottwil nach Rheinfelden gelangte, ist derzeit noch unklar.

Regierung lehnt Initiative von Hans Rudolf Gysin ab

Liestal. Die Regio-Stärkungs-Initiative von alt Nationalrat Hans Rudolf Gysin ist nach Ansicht des Regierungsrates der falsche Weg, um die Aufwertung von Baselland zu einem Vollkanton mit zwei Ständeräten zu erreichen. Er beantragt deshalb dem Landrat, die im November 2014 eingereichte Initiative abzulehnen. Das Hauptproblem besteht für die Regierung darin, dass die Initiative sie dazu verpflichten will, auf die Aufwertung auch von Basel-Stadt zum Vollkanton hinzuwirken.

«Schlechte Nachricht für Lobbyisten»

Ständerat Claude Janiak's Wahlkampf richtet sich gegen Christoph Buser als KMU-Vertreter



Niemandem verpflichtet. Mit dem Argument, er sei vollkommen unabhängig, kämpft Ständerat Claude Janiak (SP) um seine Wiederwahl. Foto Florian Bärtschiger

Von Thomas Dähler

Liestal. Dass Claude Janiak 71 sein wird, wenn die nächste Legislaturperiode im Bundeshaus zu Ende geht, ist ihm offensichtlich bewusst. Bereits zu Beginn der Veranstaltung, an welcher der Baselbieter Ständerat gestern in Liestal seine Wahlkampagne präsentierte, stellte alt Regierungsrat Peter Schmid klar: «Janiak ist 67 Jahre alt, und das ist gut so.» Selber stellte Janiak klar, dass er nochmals für eine volle Legislaturperiode von vier Jahren kandidiere. «Je länger der Wahlkampf dauert, desto motivierter bin ich.»

An der Ständeratskandidatur des Grünliberalen Hans Furer hat der Sozialdemokrat keine Freude. Auch Furers Parteipräsidenten Martin Bäumlle und Hector Herzog seien gegen dessen Kandidatur gewesen, sagte Janiak, «mein Gegner ist Herr Buser». In der Tat: Claude Janiak's Wahlkampf richtet sich vor allem gegen den freisinnigen Direktor der Wirtschaftskammer Baselland. «Meine Wiederwahl: schlechte Nachricht für Lobbyisten» steht etwa auf einem seiner Plakate. Janiak selber sagt dazu: «Es geht darum, zu entscheiden, ob der Ständeratssitz von einer unabhängigen Persönlichkeit besetzt bleibt, die keiner Lobby verpflichtet ist, oder ob ein Vertreter des Gewerbeverbands Aushängeschild des Kantons werden soll.» Als eine Richtungswahl bezeichnet er die Ständeratskür vom 18. Oktober nicht. Oder vom 8. November? Nein, meint Janiak. «Ich gehe davon aus, dass es keinen zweiten Wahlgang geben wird.»

Dass er davon felsenfest überzeugt ist, glaubt man dem Binniger Anwalt aufs Wort. Janiak präsentierte sich gestern im Kulturhotel Guggenheim als versierter Politiker, der auch nach 16 Jahren Erfahrung in Bundesbern voller Tatendrang ist und seine breiten Dossierkenntnisse und seine langjährige Erfahrung im Bundeshaus gegen den vergleichsweise jungen Herausforderer Christoph Buser in die Waagschale werfen kann. Und in Anspielung auf die knapp ausgegangene Kandidatenwahl bei den Freisinnigen meinte Janiak auch: «Diejenigen, die auch gerne Ständerat werden möchten, überlegen sich vielleicht auch, ob sie den Ständeratssitz bereits jetzt wieder für viele Jahre neu besetzen wollen.»

Janiak ist sich bewusst, dass er nicht linksausen politisiert. Unabhängig ist er auch gegenüber seiner eigenen Par-

tei: «Ich habe auch schon gegen links Stellung genommen.» Seine fünf gestern vorgestellten Hauptanliegen sind jedoch klar die eines Linken: Er will einen Plan für die Flüchtlinge, «statt die Schweiz abschotten und Fremdenhass aufkochen lassen». Er möchte Fachkräfte, denn «massenhaft Fremde brauchen nur Grossbauern». Er ist für mehr Informatiker statt Informatiker in der Sicherheitsbudget. Stärken will er Menschen-, Völker- und Bürgerrechte. Und er will die Sozialwerke «vor der tödlichen Sparwelle schützen».

Nicht nur für Baselland

Im Vordergrund stand gestern sein Engagement für die Region – «für die Region Basel und nicht nur für den Kanton Baselland». Dazu gehören die Bahnprojekte, die Rheinschiffahrt, die Agglomerationsprogramme und die Schaffung eines Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs fonds, mit dem auch die Verbindungsachsen im Laufental und im Ergolzthal vom Bund übernommen werden könnten. Priorität würde zudem neben der Verkehrspolitik der Stärkung des Forschungs- und Innovationsstandorts gehören.

Janiak mochte gestern auch aufzählen, wo er keinen Erfolg hatte und – das sagte er so nicht – wo es ihn auch weiterhin in Bern brauche. Nicht erfolgreich war er bisher mit seinem Kampf für Baselland als anerkannter Universitätskanton, mit seinen Vorstössen für die Doppelspur im Laufental. Auch weiterhin kämpfen wolle er für eine wertneutrale Datenübertragung im Internet und für ein einheitliches Schutzniveau für geschädigte Personen.

Janiak's Unterstützungs komitee wird vom ehemaligen Regierungsrat Peter Schmid präsi diert. Nicht nur seiner Partei zuliebe, sondern «auch aus persönlicher Freundschaft», wie Schmid der BaZ sagte. «In Bern wartet man auf gar niemanden», sagte Schmid zur Kandidatur des Freisinnigen Buser. Janiak verfüge hingegen in grossem Ausmass über den nötigen Einfluss im Bundeshaus. EVP-Präsident Urs von Bidder kämpft für Janiak, wie er sagte, weil dieser Fürsprecher für die Region «ohne Gängelband und Scheuklappen» sei. Die Grünen-Präsidentin Florence Brenzikofer schätzt seine «offene und tolerante Politik». Und SP-Co-Präsidentin Regula Meschberger setzt vor allem auf zwei Eigenschaften Janiak's: Hartnäckigkeit und Standfestigkeit. «Beides zeichnet Janiak aus.»

Eine Schutzinitiative für das U-Abo

Grüne und SP bekämpfen den umstrittenen Sparvorschlag von Sabine Pegoraro

Von Daniel Wahl

Liestal. Mit ihrem Vorschlag, den Subventionszuschlag für das Umweltschutzabonnement in der Höhe von monatlich 25 Franken (jährlich 250 Franken) zu streichen, hat die Baselbieter Regierungsrätin Sabine Pegoraro (FDP) ihren Gegnern ein Wahlkampf-Thema auf den Silbertablett serviert: Wie zu erwarten, sind die Grünen Baselland und die SP Baselland zusammen mit dem VCS aufgesprungen und lancieren gemeinsam eine Schutzinitiative für das U-Abo. Der Kanton soll zur Gewährung von Beiträgen an Tarifverbund-Abonnemente verpflichtet werden; die entsprechende «Kann»-Passage im Gesetz soll ersetzt werden mit den Worten «gewährt der Kanton Beiträge an Tarifverbund-Abonnemente».

Gemäss Adil Koller, Co-Präsident der SP, sei das Unverständnis in der Bevölkerung gegenüber Pegoraros Sparvorschlag so gross, dass die Unterschriften innert zwei Wochen zusammenzubringen seien. Jedenfalls würde mit dem Sammeln von Unterschriften bereits morgen an Bahnhöfen und Bushaltestellen begonnen und Anfang Oktober, vor den Herbstferien, wolle man die Initiative bereits einreichen.

Für die Initianten der Initiative «Ja zum U-Abo», die gestern beim Busbahnhof Liestal über ihr Ansinnen orientierten, ist die vom Regierungsrat geplante Streichung der Subventionen an das

Umweltschutz-Abo des Tarifverbunds Nordwestschweiz und der damit verbundene massive Preisanstieg «absolut inakzeptabel und nichts anderes als eine eigentliche Bankrotterklärung». Lukas Ott (Grüne Liestal), Präsident des Initiativkomitees, meint: «Die Zeche für die finanzpolitische Misswirtschaft sollen nun offenbar die ÖV-Benutzer bezahlen.»

Widerstand vor Bekanntgabe

Dass es Sabine Pegoraro mit der Idee der Streichung des U-Abo-Subventionszuschlags schwer haben wird, war abzusehen: Noch bevor der Sparvorschlag aus der Bau- und Umweltschutzdirektion vorgestellt werden konnte, formierte sich der Widerstand. Der U-Abo-Vater Paul Messmer schlug umgehend vor, die Adresskartei der U-Abo-Einzahlenden zu verwenden, um die Unterschriften zu sammeln. Das wären etwa 70 000 Adressen.

Bei der Präsentation der regierungsrätlichen Sparvorschläge, um die Kan-

tonsfinanzen in den Griff zu bekommen, argumentierte Pegoraro, die Idee der U-Abo-Subvention sei es gewesen, einen Umsteigeeffekt auf den öffentlichen Verkehr zu erzielen. Dieser sei abgeschlossen, weshalb man den Subventionszuschlag fallen lassen könne. «Nun riskiert sie, dass die Tram- und Busbenutzer wieder zurück aufs Auto umsteigen, denn die Streichung des Subventionszuschlags ist ein Angriff auf alle einkommensschwachen Haushalte», kontert Adil Koller. Besonders betroffen seien Jugendliche. Ihr Abo würde sich um 50 Prozent verteuern.

Vorzeigemodell für die Schweiz

Anna Ott, Vorstandsmitglied des VCS beider Basel, wies an der Medienkonferenz darauf hin, dass das U-Abo schweizweit ein Erfolgsmodell sei und als Meilenstein in der Entwicklung des öffentlichen Verkehrs gelte. «Mit der Streichung der Subventionen an das U-Abo gibt der Regierungsrat dieses Erfolgsmodell aber preis.» 30 Jahre harte Arbeit und viel investiertes Geld würden auf einen Schlag zerstört, so Anna Ott.

Bereits im Fricktal startete die Aargauer Regierung einen Angriff auf das U-Abo und scheiterte am Widerstand der Bevölkerung. Wie BaZ-Recherchen zeigten, war Pegoraros Idee ohne Absprache mit den Partnern im Tarifverbund und mit den beteiligten Kantonen erfolgt.



Adil Koller.



Lukas Ott.

ANZEIGE